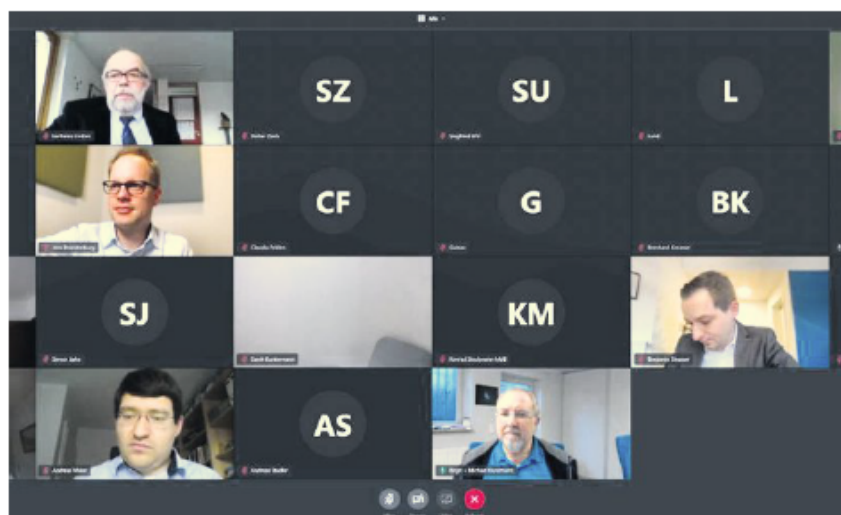


Kleines Dreikönigstreffen: Zum zweiten Mal coronabedingte Videoschleife bei der FDP / Redner Benjamin Strasser will Freiheitsrechte schützen

Staatliche Befugnisse zurückdrehen

Hirschberg. Es ist ein gesetzter Termin seit vielen Jahren, die Alte Turnhalle in Großsachsen als Austragungsort war stets gut gefüllt. Doch bleibt sie gestern leer, ebenso wie im vergangenen Jahr – zum zweiten Mal wird das Kleine Dreikönigstreffen der Hirschberger Liberalen wegen der Corona-Pandemie ins Internet verlegt. Ortsvereinsvorsitzender Andreas Maier bedauert das, ist aber gleichwohl froh, dass zumindest eine Videoschleife stattfindet. Etwa 20 Personen haben sich eingewählt, um Benjamin Strassers programmatische Ansprache zu hören, die der neue Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustiz-Ministerium vorbereitet hat.

Als vermutlich einziger Grüner des Treffens hat zuvor noch Karlheinz Treiber das Wort, und zwar in seiner Funktion als Bürgermeister-Stellvertreter. Er vermeidet alles Politische, erinnert nur daran, dass der Gast von Justizminister Marco Buschmann gelobt wurde als „kluger, kompetenter Kollege“. Erfahrungen sammelte er als Anwalt, Bundestagsabgeordneter, Antisemitismus-Beauftragter sowie in Untersuchungsausschüssen.



Einst war die Alte Turnhalle voll, in Zeiten von Corona findet das Kleine Dreikönigstreffen der Hirschberger FDP im Internet statt. BILD: PHILIPP REIMER

Strasser dankt artig für die „Ehre, hier zu sprechen“, erinnert daran, dass frühere Redner Prominente wie Guido Westerwelle waren und kommt gleich auf die Pandemie zu sprechen sowie seine Hoffnung auf „ein coronafreies 2022“. Die neue Regierung habe sich vom Rechtsinstrument der Vorgänger verabschiedet und die epidemische Notlage von nationaler Tragweite beendet.

Nun seien Dauer-Lockdowns und Endlos-Schulschließungen nicht mehr möglich, stattdessen gebe es „zielgerichtete Regeln“ wie 2G oder 3G – der Jurist nennt sie „eine bessere Balance von Freiheit und Sicherheit“. Was die Debatte um eine Pflicht-Impfung angeht, so gibt er zu, dass diese noch vor Wochen von vielen kategorisch ausgeschlossen worden sei. Nun soll nicht nach

Fraktionszwang, sondern nach „persönlicher Gewissensentscheidung“ im Bundestag abgestimmt werden.

In der Fragerunde kritisiert Maier Vize Andreas Stadler, dass der Gastronomie in Baden-Württemberg mit der 2G-plus-Regelung Steine in den Weg gelegt würden, und der Redner nutzt die Gelegenheit, den Landes-Grünen eine mitzugeben: „Es ist schon ein Chaos, das Sozialminister Manfred Lucha angeordnet hat.“ Er, Strasser, wisse um die Situation der Wirte; viele hätten sich an ihn gewandt und berichtet, dass Gäste wegbleiben.

Nun folgt eine ausführliche Fragerunde, doch zuvor tritt Strasser das an, was Maier einen „Parforceritt durch die liberale Politik“ nennt. Die Ampelkoalition wolle „Jahrhundertthemen“ angehen, die bei der Großen Koalition liegen geblieben seien und die 20er-Jahre „zu einem Modernisierungs- und Aufbruchsjahrzehnt“ machten. Da soll über neue Rentenmodelle nachgedacht, eine sozial verträgliche Klimapolitik entwickelt, die Bildung mehr als „soziales Aufstiegsversprechen“ verstanden und die Digitalisierung

in einer Weise vorangetrieben werden, die über den bisher bürokratischen Digitalpakt hinausgehe.

Das Bürgergeld stehe im Koalitionsvertrag, und es soll Regeln für eine gezielte Einwanderung geben: „Damit Menschen kommen, die wir wirklich gebrauchen können.“ Gleichzeitig soll eine Abschiebe-Offensive starten. Ulrike von Eicke und Patrick Klein haken nach bei Lösungen für die steigende Clan-Kriminalität – für die Strasser ein „System der 1000 Nadelstiche“ nach nordrhein-westfälischem Vorbild vorschwebt –, daneben geht es um Terrorismusbekämpfung, Kernenergie und anderes.

Doch besonders wichtig ist dem Gast der Schutz der Freiheitsrechte, der in dieser Legislatur eine Renaissance erleben werde. Eine „Überwachungs-Gesamtrechnung“ soll Einschränkungen zeigen, und wie tief diese reichen – „mit dem Ziel, die staatlichen Befugnisse zurückzudrehen“. Darüber soll eine ständige Expertenkommission wachen. Außerdem, und auch das ein „klassisches“ liberales Thema, soll die Polizeiarbeit durch mehr künstliche Intelligenz vorangebracht werden. *stk*